

Resolution gegen die türkische Offensive in Afrin, Syrien

18.5150.01

Der Grosse Rat des Kantons-Basel-Stadt verlangt den Respekt der Genfer Konventionen. Der Bundesrat muss reagieren!

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt ist äusserst besorgt über die Nichtrespektierung der fundamentalen Prinzipien der Genfer Konventionen seit der Bombardierung der kurdischen Bevölkerung im Distrikt Afrin im Norden Syriens.

Seit dem 20. Januar dieses Jahres wurde die Stadt Afrin von der türkischen Armee bombardiert und schliesslich eingenommen. Bodentruppen, unterstützt von verschiedenen jihadistischen Gruppierungen, versuchen nun den ganzen Distrikt Afrin im Norden Syriens unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Bombardements forderten bis anhin Hunderte zivile Opfer. Hunderttausende Menschen im umkämpften Gebiet sind auf der Flucht (Mitte März waren es gemäss der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte über 280 zivile Opfer, darunter viele Kinder. Mehr als 250'000 Menschen seien aus Afrin geflohen). Afrin darf kein neues Kobane werden.

Die syrischen Kurden haben, zusammen mit ihren arabischen Alliierten, dem Islamischen Staat im Irak und der Levante in Kobane und Raqqa widerstanden und ihn besiegt. Dieser Sieg wurde von der ganzen Welt einstimmig begrüsst. Erdogans Armee bombardiert nun genau die Kurden, die vorher von der Völkergemeinschaft gelobt und international unterstützt wurden!

Im Norden Syriens, einer Region, welche eine zentrale Bedeutung für die geopolitische Konfrontation Saudi-Arabiens mit dem Iran und deren Alliierten hat, ist der Versuch der kurdischen Zivilgesellschaft eine politisch demokratische, die Frauenrechte respektierende, multikonfessionelle und ökologische Alternative zu bieten, ein grosser Hoffnungsschimmer für die gesamte Region.

Die internationale Gemeinschaft kann und darf die Augen nicht verschliessen und die Bevölkerung im Norden Syriens ihrem Schicksal überlassen.

Die Schweiz als Depositärstaat der Genfer Konventionen und als Gastgeber des Europäischen Sitzes der Vereinten Nationen, der den UN-Menschenrechtsrat sowie das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte beherbergt, darf dieser militärischen Invasion, den schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts und der inakzeptablen Einmischung der türkischen Armee nicht schweigend zusehen:

- Wir verlangen vom Bundesrat sich dafür einzusetzen, dass sich die türkischen Truppen sofort aus Nordsyrien zurückziehen.
- Wir verlangen vom Bundesrat, dass er sich für den Respekt gegenüber dem internationalen humanitären Völkerrecht, im Speziellen gegenüber der Zivilbevölkerung und den Flüchtlingen, beziehungsweise den Vertriebenen dieser Region einsetzt und dies von der Türkei einfordert.
- Wir verlangen vom Bundesrat auf jegliche Ausweisung und Zurückführung von politisch Verfolgten Menschen in die Türkei zu verzichten und jegliche Zusammenarbeit mit der türkischen Polizei und/oder den Nachrichtendiensten der Türkei auszusetzen.
- Wir verlangen vom Bundesrat jeglichen Export von Rüstungsgütern, Material welches eventuell für Rüstungszwecke gebraucht werden kann, sowie Ersatzmaterial für die türkische Armee oder Polizei zu verweigern.
- Wir fordern den Bundesrat auf, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit der Türkei bis zu deren Rückzug aus Syrien zu sistieren.
- Wir fordern den Bundesrat auf, diplomatische Sanktionen gegen die Türkei zu prüfen.

Beatrice Messerli, Edibe Gölgeli, Mustafa Atici, Tonja Zürcher, Ursula Metzger, Daniel Spirgi,
Beatrice Isler, Annemarie Pfeifer